

DER EXTERNE STANDPUNKT

Gefangen in den Denkfallen der Personenfreizügigkeit

Die Diskussion über das Fassungsvermögen des Landes ist absurd. Für die Bürger zählen Lebensqualität und Wohlstand pro Kopf. Und da bringt eine hohe Zuwanderung nichts, finden Fabian Kuhn und Reiner Eichenberger

Die Personenfreizügigkeit mit der EU bringt der Schweiz schnelles Bevölkerungswachstum. Dieses führt zu sogenannten Füllungskosten durch die Verknappung und Verteuerung von Boden, Wohnraum, Infrastruktur, Umweltgütern sowie Selbstversorgungs- und Entsorgungszielen. Das senkt die Lebensqualität in der Schweiz in Richtung EU-Niveau. Die Personenfreizügigkeit zerstört so die Anreize der Bürger, für gute Politik einzutreten. Denn alles, was die Standortattraktivität der Schweiz erhöht, bringt noch mehr Zuwanderungsdruck und so Füllungskosten, die die Erträge der guten Politik wieder kompensieren.

Entsprechend tief war das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Einwohner seit Einführung der Personenfreizügigkeit in der Schweiz. Es liegt sogar hinter dem arg gebeutelten Deutschland zurück, erst recht, wenn berücksichtigt wird, dass die Personenfreizügigkeit auch zu so etwas wie einem Grenzgängerdoping führt, das dem Wachstum des BIP pro Einwohner jährlich 0,2 bis 0,3 Prozent bringt: Denn die Leistungen der Grenzgänger zählen zum BIP, aber diese nicht zu den Einwohnern, was das BIP pro Einwohner aufbläht.

Weil das alles so komplex ist, drohen viele Denkfallen. Ein paar davon haben wir schon

früher beschrieben. So glauben viele, Zuwanderer minderten den Fachkräftemangel. Dabei heizen ihre Konsumnachfrage und die notwendigen Investitionen den Fachkräftemangel noch an. Spannend wird nun die Diskussion um die SVP-Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz». Da schnappen – so wie jüngst in dieser Zeitung – zwei zusätzliche Denkfallen zu.

Die erste zusätzliche Denkfalle: «Studien und Länder wie die Niederlande zeigen: Die Schweiz hat Platz für 10, 12 oder auch 15 Millionen.» Das ist richtig, aber irrelevant. Natürlich passen so viele Menschen in die Schweiz mit 220 Einwohnern pro km² (bezogen auf die Landfläche ohne Seen, Stand 2022). Dafür braucht es keinen Blick in die Niederlande mit 518 Einwohnern pro km². Es müssen nur mehr Kantone wie der Aargau mit 510 Einwohnern pro km² werden oder gar wie der Kanton Zürich, der mit 951 Einwohnern pro km² fast doppelt so dicht besiedelt ist wie die Niederlande. Während in den Niederlanden eine hitzige Diskussion über Dichtestress läuft, bewältigt Zürich es ganz schweizerisch. Wo also ist das Problem?

Die Diskussion über das Fassungsvermögen ist absurd. Wer meint, die heutige Zuwanderung – und damit ein Bevölkerungswachstum von rund einem Prozent – sei nötig, muss nicht fragen, ob 10 oder 15 Millionen in die Schweiz passen, sondern ob eine 10-Millionen-Schweiz mit jährlich 100 000 Nettozuwanderung und eine 15-Millionen-Schweiz mit jährlich 150 000 Nettozuwanderung funktioniert. Da wird schnell klar: Das heutige Wachstum ist weder sinnvoll noch nachhaltig. Es ist schlicht unmöglich, eine derartige langjährige Bevölkerungszunahme ohne Einschränkungen für die bisherigen Einwohner zu absorbieren. Die hohe Nettozuwanderung wirkt sich nicht nur negativ auf die heutigen Generationen aus, sondern schränkt auch die Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen ein. Eine vernünftige Politik muss die Nutzung knapper Ressourcen über die Zeit optimieren, sprich heute das Bevölkerungswachstum auf ein

Mass senken, das die zukünftigen Wachstumsmöglichkeiten nicht einschränkt.

Die zweite zusätzliche Denkfalle: «Luxemburg hat eine rund doppelt so hohe Nettozuwanderung wie die Schweiz. Trotzdem ist es sehr reich und hat ein hohes Wirtschaftswachstum.» Tatsächlich hat Luxemburg trotz hohem Bevölkerungswachstum erst 253 Einwohner pro km² und ist damit dünner besiedelt als der Kanton Thurgau mit 336 Einwohnern pro km². Obwohl so die Füllungseffekte noch kleiner sind, ziehen jährlich rund 3000 und damit gut ein Prozent der inländischen Beschäftigten aus Luxemburg in die Nachbarländer, um den Füllungseffekten auszuweichen und zu Grenzgängern zu werden. Zugleich ist das hohe Wirtschaftswachstum ausschliesslich Breitenwachstum. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stagniert seit 2007. Und ohne Grenzgängerdoping gerechnet, ist das Einkommen pro Inländer in diesem Zeitraum im Schnitt um jährlich 0,2 Prozent geschrumpft!

Luxemburg bestätigt also die Theorie und die Schweizer Erfahrungen: Ein schnelles Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung bringt den Normalbürgern, für deren Wohlergehen das BIP pro Kopf wichtig ist, nichts und belastet sie, erst recht, wenn noch die Füllungskosten berücksichtigt werden. Die Personenfreizügigkeit bringt nur Breitenwachstum und nützt so nur wenigen Spezialbürgern in der Politik sowie an der Spitze von Wirtschaftsverbänden und manchen Unternehmungen. Ihnen bringt ein insgesamt wachsendes BIP mehr Steuereinnahmen, Mitgliederbeiträge und Umsätze – und damit Vitamin 3B: Mehr Budget, Bedeutung und Boni.

REINER EICHENBERGER, 63, ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg.

FABIAN KUHN, 27, ist Diplomassistent am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg.



CHAPPATTE

LESERBRIEFE

«Diskriminierung der Inländer»

«Das Ende der Elite»

NZZ am Sonntag vom 22. September
Man kann Peer Teuwsen zwar folgen, warum er eine weiterhin tiefe Maturitätsquote fordert. Wenn er die Entwicklung der Bildung zu einer Massenware alleine der OECD zuschreiben will, bleibt er aber auf einem Auge blind. Kraft Personenfreizügigkeit werden Abiturprüfungen oder *baccalauréats* aus dem Ausland sowie die darauf aufbauenden universitären Ausbildungen (etwa zum Arzt) hierzulande als gleichwertig anerkannt. Der Ansatz, über eine tiefe Maturitätsquote eine Elite zu schaffen, käme deswegen einer Selbstbeschränkung oder einer Inländerdiskriminierung gleich.
Andreas Zumbach, Zürich

«Nicht auszuhalten» sind nicht die unterschiedlichen Voraussetzungen, die Menschen bei der Integration ins Schulsystem mit sich bringen, sondern der Beleg dafür auf Seite 33 («Ehrlich gesagt: Es ist «easy money»»), dass nicht Arbeitsmoral und Engagement, sondern Herkunft, Glück und Beziehungen über das wirtschaftliche Wohlergehen der Arbeitnehmerschaft entscheiden. Solange die fleissige und treue Verkäuferin zehn Mal weniger verdient als der faule und berechnende Vermögensverwalter, müssen wir nicht darüber diskutieren, dass die höhere Bildung nicht gefördert werden solle – selbstverständlich für die Verkäuferin, nicht den Vermögensverwalter mit seinem «easy money».

Saskia van Summeren, Agarone (TI)

Seit dem Jahr 2000 sind die Studentenzahlen sogar an der ETH Zürich um 137 Prozent gestiegen, die Zahl der Professorinnen und Professoren hat im gleichen Zeitraum aber bloss um 56 Prozent zugenommen. Dozierende müssen also immer mehr Studierende betreuen, was der Ausbildungsqualität kaum zuträglich ist. An anderen Universitäten sind die Verhältnisse ähnlich. Interessant ist, dass an der ETH Zürich rund 6000 Bachelor- und Masterstudierende aus dem Ausland kommen, davon rund 1400 aus China! Kommen wirklich die Besten aus dem Ausland für ein Studium nach Zürich? Die lasche Zulassungspraxis lässt Zweifel aufkommen. Absolventinnen und Absolventen von Schweizer Privatschulen müssen eine eidgenössische Reifeprüfung bestehen, damit sie Zugang erhalten zu unserem Hochschulwesen. Könnte dies nicht auch von ausländischen Bewerbenden verlangt werden?
Hans-Rudolf Schalcher, Küsnacht (ZH)

«Initiative hängig»

«Die Erfindung des Normalen»

Dass Kinder in Kleinklassen einst als dumm etikettiert wurden, traf leider mitunter zu. In den letzten Jahren vor deren Aufhebung aber sah es anders aus. Die meisten Lehrpersonen dieser Klassen verstanden es mit Geschick und Einfühlungsvermögen, das Image grundlegend zu verändern. Das Stimmvolk im Kanton Zürich hat das auch mitbekommen; eine Initiative, welche die Wiedereinführung dieser Klassen verlangt, kam problemlos zustande, ist hängig und dürfte gemäss Umfragen klar angenommen werden. Die Erziehungswissenschaftler an der Hochschule für Heilpädagogik werden am Theorie-Praxis-Problem scheitern.
Hans-Peter Köhli, Zürich

Sie erreichen uns mit Ihren Leserbriefen per E-Mail: leserbrief.sonntag@nzz.ch